

3462/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Schuster und Kollegen haben am 22. Jänner 1998 unter der Zahl 3606/J - NR/1998 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die Harmonisierung der Visaverpflichtung in Tschechien gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- „1. Ist Ihnen die Situation an der tschechischen Grenze im Mühlviertel, insbesondere der Vorfall an der Summerauer Bahn, bekannt?
2. Was werden Sie zusätzlich zu dem bestehenden Grenzschutz unternehmen, um dem Sicherheitsbedürfnis der Grenzbevölkerung im Mühlviertel zukünftig besser Rechnung zu tragen?
3. Haben Sie mit Ihrem tschechischen Regierungskollegen bereits Gespräche oder Verhandlungen betreffend das Interesse Österreichs an einer baldigen Aufhebung der Visafreiheit für Staatsbürger bestimmter Oststaaten für die Einreise in die Tschechische Republik geführt?
4. Wenn ja, gibt es bereits konkrete Ergebnisse betreffend Angleichung der Visaverpflichtung?
5. Werden Sie auch darauf hinwirken, daß bestehende Visaregelungen, etwa mit China, strikt eingehalten werden, um illegale Wanderungsströme in Richtung EU zu vermeiden?“

Zu Frage 1:

Ja. Mir wurde im Dezember des Vorjahres dazu vom Erstanfragesteller auch die Resolution eines Gemeinderates übermittelt, zu der ich in einem ausführlichen Brief an Herrn Abgeordneten Schuster am 20 Jänner 1998 Stellung genommen habe. Ich darf also auf dieses, den Anfragstellern bekannte Schreiben verweisen.

Zu Frage 2:

Das dem Bundesministerium für Inneres für die Umsetzung des Schengener - Durchführungübereinkommens in den Jahren 1996 bis 1999 zur Verfügung stehende Budgetvolumen beträgt insgesamt 2,7 Milliarden Schilling, wovon bis dato bereits rund 2 Milliarden investiert wurden. Der neu errichtete Grenzdienst der Bundesgendarmerie hat bereits 2750 Bedienstete und wird noch im Laufe des Jahres 1998 weitere 250 Planstellen erhalten.

Oberösterreich hat als erstes Bundesland den personellen Endausbau beim Grenzdienst erreicht. Weiters wurden im Bundesland Oberösterreich für die Neuerrichtung bzw. Adaptierung von Grenzdienststellen insgesamt über 52 Millionen Schilling investiert.

Die Grenzkontrolle und - Überwachung durch den Grenzdienst der Bundesgendarmerie weist in Oberösterreich sowie in den anderen Bundesländern an der österreichischen EU - Außengrenze eine hohe Effektivität auf, die durch die Anzahl der Schlepper - und Illegalenaufgriffe sowie der gesamten fremden - und kriminalpolizeilichen Amtshandlungen Bestätigung erlangt. Einer der Hauptgründe für diesen Erfolg ist der Einsatz modernster Technik - speziell im EDV - Wärmebild - und Dokumentenbereich, die in Zukunft, analog weiterer Neubeschaffungen, in einem noch größeren Ausmaß zur Anwendung kommen wird.

Die Überwachung der EU - Außengrenze mittels Hubschrauber sowohl zur Tag - und Nachtzeit unter Einsatz von FLIR - Technik (Flight Infrared System) stellt eine wirkungsvolle Ergänzung zu den sonstigen Maßnahmen der Grenzkontrolle und -überwachung dar. Weiters werden zur verbesserten Bekämpfung der illegalen Migration und grenzüberschreitenden Kriminalität seit April 1997 im gesamten Bundesgebiet unter anderem verstärkt landes - und bezirksweite Streifendienste unter Einbindung besonders geschulter Organe durchgeführt.

Ferner erfolgen in absehbarer Zeit speziell in Oberösterreich

- ein verstärkter Einsatz von Wärmebildtechnik im Bereich der EU - Außengrenze zur Überwachung der grünen Grenze - besonders durch die derzeit in Beschaffung stehenden Wärmebildfahrzeuge - sowie
- eine verstärkte Überwachung der EU - Außengrenze aus der Luft mittels Hubschrauber zur Nachtzeit nach Fertigstellung des Hubschrauberstützpunktes in Allentsteig.

Zu Frage 3 bis 5:

Am 15. Oktober 1997 habe ich im Zuge der Ministerkonferenz über die Bekämpfung der illegalen Einwanderung im Rahmen des Budapester Prozesses in Prag unter anderem mit meinen tschechischen und slowakischen Ressortkollegen Gespräche geführt und dabei auch diese Themen konkret angesprochen. Eine weitere eingehende Erörterung des Themas fand mit dem tschechischen Parlamentspräsidenten anlässlich seines Besuches in Wien statt.

Darüber hinaus ist anzumerken, daß Österreich im Rahmen seiner Schengen-Präsidentschaft den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der illegalen Migration gelegt und ein Maßnahmenpaket gegenüber jenen Staaten inisiert hat, die Schwierigkeiten bei der Rücknahme ihrer eigenen Staatsangehörigen bereiten.

Im Visa-Bereich haben sich die Schengen-Parteien in einem ersten Schritt auf eine harmonisierte, striktere Visumpraxis für Angehörige von 17 Staaten - darunter auch der in der Anfrage genannte Staat China - geeinigt. In einem zweiten Schritt wurde versucht, auch die assoziierten MOE- und baltischen Länder für diese gemeinsame Vorgangsweise zu gewinnen. Bei einer gemeinsam mit der damaligen luxemburgischen EU-Präsidentschaft organisierten Veranstaltung wurde den Beitrittskandidaten sowohl der EU-Acquis, als auch die oben angeführte Vorgangsweise zur Kenntnis gebracht.

Dieser Prozeß wird im EU-Bereich durch die derzeitige britische und mit Sicherheit durch die im zweiten Halbjahr 1998 erfolgende österreichische Präsidentschaft weitergeführt werden.